



Dringliches Postulat Nr. 148 2000/2004

Eingang Stadtkanzlei: 27. September 2001

Sicherheit im Ratsbetrieb?

Die an der Ratssitzung vom 20. September 2001 vorgekommenen Störungen durch einen unbekannten Zuschauer sowie die heute vorgekommenen Vorfälle eines Amokläufers im Zuger Kantonsparlament sind Ausdruck eines neuen, unkalkulierbaren Täterverhaltens, das die Sicherheit aller an den Ratssitzungen teilnehmenden Personen stark gefährdet. Insbesondere kann heute nicht mehr ausgeschlossen werden, dass Bürger ihren Unmut mit Mitteln zum Ausdruck bringen, die nicht nur verbal sind, sondern leider auch mit Schusswaffen usw.

Eine weitere Unsicherheit für uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier besteht seit heute darin, nicht zu wissen, zu welchem Geschäft allenfalls eine Amoktat befürchtet werden muss.

Wir bitten den Stadtrat, bereits auf die kommende Ratssitzung vom 25. Oktober 2001 Sicherheitsmassnahmen vorzubereiten und einzuführen. Dabei stellen wir uns vor:

- Personenkontrolle
- Durchsetzung eines Waffentragverbotes im gesamten Rathaus
- Einsatz von Sicherheitsbeamten
- Evtl. bauliche Massnahmen

Louis L. Schumacher
namens der FDP-Fraktion